

48 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 29. 12. 1994

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK ESTLAND ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK ESTLAND, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlichrechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf die Vertragsparteien

- a) jede natürliche Person, die Staatsangehöriger einer der Vertragsparteien in Übereinstimmung mit deren Gesetzen ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien geschaffen wurde, ihren Sitz in deren Hoheitsgebiet hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

Artikel 2

Förderung und Schutz der Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Artikel 1 Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition erfolgt in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

Artikel 4

Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß in frei konvertierbarer Währung erfolgen und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;

48 der Beilagen

3

- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

Artikel 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger ausüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 7

Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei durch ein Schiedsverfahren mit drei Schiedsrichtern nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung, die am 15. Dezember 1976 von der Generalversammlung angenommen wurde, entschieden.

(3) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien Vertragsstaaten der Washingtoner Konvention vom 18. März 1965 über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehöriger anderer Staaten geworden sind, kann die Meinungsverschiedenheit auf Antrag des Investors alternativ zu dem in Absatz 2 erwähnten Verfahren dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) unterbreitet werden. Jede Vertragspartei stimmt hiermit zu, eine solche Meinungsverschiedenheit dem ICSID zur Beilegung nach der erwähnten Washingtoner Konvention zu unterbreiten. Sollten die Streitparteien unterschiedlicher Auffassung darüber sein, ob entweder ein Vergleichsverfahren oder ein Schiedsverfahren die geeignetere Weise der Streitbeilegung darstellt, so hat der Investor das Entscheidungsrecht. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung

2

beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden sind.

(4) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(5) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruches als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

Artikel 9

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden; es gilt jedoch nicht für eine Investitionsstreitigkeit, die vor seinem Inkrafttreten auftrat, noch für einen Anspruch, der vor seinem Inkrafttreten beigelegt wurde.

Artikel 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an welchem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat.

(2) Das Abkommen bleibt zwanzig Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

48 der Beilagen

5

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Tallin, am 16. Mai 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:

Dr. Manfred Ortner

Für die Republik Estland:

Jüri Luik

AUSTRIA VABARIIGI JA EESTI VABARIIGI VAHELINE INVESTEERINGUTE SOODUSTAMISE JA KAITSE LEPING

AUSTRIA VABARIIGI ja EESTI VABARIIGI, edaspidi nimetatud kui „Lepingupooled“,

SOOVIDES luua soodsaid tingimusi laiemaks majanduslikuks koostööks Lepingupoolte vahel;

TUNNISTADES, et investeeringute soodustamine ja kaitse võivad tugevdada valmisolekut sellisteks investeeringuteks ning sellega anda tähtsa panuse majandussuhete arengusse,

ON KOKKU LEPPINUD ALLJÄRGNEVAS:

Artikkel 1

Definitsioonid

Käesoleva Lepingu tähenduses

(1) hõlmab mõiste „**investeering**“ kõiki varasid ja eriti, kuid mitte ainult:

- a) vallas- ja kinnisvara, samuti kõiki muid õigusi *in rem* nagu hüpoteegid, pandiõigused, pandid, kasutusvaldused ning muud sarnased õigused;
- b) aktsiaid ja muid ettevõtluses osalemise vorme;
- c) nõudeid rahale, mis on välja antud majandusliku väärtuse loomiseks või nõudeid igasugusele majandusliku väärtusega tegevusele;
- d) autoriõigusi, tööstusliku omandi õigusi nagu leiutiste patendid, kaubamärgid, tööstuslik disain ja standardmudelid, tehnilised protsessid, oskusteave, kaubanimetused ja firma hea nimi;
- e) kooskõlas riigi seadustega antud ärikontsessioone loodusressursside otsimiseks ja kasutamiseks.

(2) tähendab mõiste „**investeeri**ja“ Lepingupoolte puhul:

- a) igat füüsilist isikut, kes on ükskõik kumma Lepingupoolte kodanik vastavalt selle seadustele ja teeb investeeringu teise Lepingupoolte territooriumil;
- b) igat Lepingupoolte seadusandlusega kooskõlas moodustatud juriidilist isikut või osahingut, mis asub tema territooriumil ja teeb investeeringu teise Lepingupoolte territooriumil.

(3) tähendab mõiste „**tulu**“ investeeringu toodetud summat ja eriti, kuid mitte ainult, kasumit, intresse, kapitali juurdekasvu, dividende, autoritasusid, litsentsi- ja muid tasusid.

(4) hõlmab mõiste „**sundvõõrandamine**“ ka natsionaliseerimist või ükskõik millist sama toimega abinõu.

Artikkel 2

Investeeringute soodustamine ja kaitse

(1) Kumbki Lepingupool soodustab oma territooriumil võimalikult ulatuslikult teise Lepingupoolte investeerijate investeeringuid, lubab selliseid investeeringuid kooskõlas oma seadusandlusega ning võimaldab igal juhul sellistele investeeringutele õiglase ja erapooletu käsitluse.

(2) Vastavalt Artikli 1 lõikele 1 lubatud investeeringud ning nende tulu on käesoleva Lepingu täieliku kaitse all. Sama kehtib lõike 1 tingimusi kahjustamata ka nende tulu suhtes reinvesteeringu puhul. Investeeringu seaduslik laiendamine, muutmine või teisendamine toimub kooskõlas ühe Lepingupoolte seadusandlusega.

Artikkel 3**Investeeringute käsitus**

(1) Kumbki Lepingupool võimaldab teise Lepingupoole investeerijatele ja nende investeerin-gutele vähemalt sama soodsa käsitluse kui ta võimaldab oma investeerijatele ning nende investeerin-gutele või kolmanda riigi investeerijatele ja nende investeeringutele.

(2) Lõike 1 sätteid ei saa tõlgendada ühe Lepingupoole kohustusena laiendada teise Lepingupoole investeerijatele ja nende investeeringutele olemasolevat või edaspidist soodustust ükskõik millisest käsitlusest, eelistusest või eesõigusest, mis tuleneb:

- a) ükskõik millisest tolliunioonist, ühisturust, vabakaubanduspiirkonnast või majandusühenduse liikmeksõlekust;
- b) ükskõik millisest maksustamisalasest rahvusvahelisest lepingust, rahvusvahelisest kokkulep-pest või riigisisese seadusandlusest;
- c) ükskõik millisest piirikaubanduse hõlbustamise korraldusest.

Artikkel 4**Kompensatsioon**

(1) Kummagi Lepingupoole investeerijate investeeringuid ei saa sundvõõrandada teise Lepingupoole territooriumil, välja arvatud riigi huvides vastava seadusliku menetluse järgi ja kompensatsioo-ni vastu. Selline kompensatsioon peab ulatuma investeeringu väärtuseni vahetult enne tegeliku või eel-seisva abinõu avalikustumist. Kompensatsioon tuleb maksta ilma viivitusega ning makseajani peab see kandma investeeringu asukohariigi tavalist pangaprotsenti; seda tuleb maksta vabalt konverteeritavas valuutas ning see peab olema vabalt ülekantav. Sellise kompensatsiooni kindlaksmääramise ja maks-mise tingimused esitatakse sobival viisil mitte hiljem kui võõrandamise momendil.

(2) Kui Lepingupool sundvõõrandab sellise firma varad, mida peetakse selle Lepingupoole firmaks vastavalt käesoleva Lepingu Artikli 1 lõikele 2 ning milles teise Lepingupoole investeerija omab akt-siaid, siis ta kohaldab lõike 1 sätteid kindlustamiseks sellele investeerijale vastavat kompensatsiooni.

(3) Investeerijal on õigus lasta sundvõõrandamise seaduslikkus üle vaadata sundvõõrandamise põh-justanud Lepingupoole pädevatel võimuorganitel.

(4) Investeerijal on õigus lasta kompensatsiooni hulk ja maksmise tingimused üle vaadata kas sundvõõrandamise põhjustanud Lepingupoole pädevatel võimuorganitel või rahvusvahelisel arbitraa-žikohtul vastavalt käesoleva Lepingu Artiklile 8.

Artikkel 5**Ülekanded**

(1) Kumbki Lepingupool võimaldab teise Lepingupoole investeerijatele investeeringutega seotud maksete viivitusega vaba ülekandmise vabalt konverteeritavas valuutas, eriti, kuid mitte ainult, järgneva ülekandmise:

- a) kapital ja lisasummad investeeringu säilitamiseks või laiendamiseks;
- b) summad, mis on eraldatud investeeringu halduskulude katmiseks;
- c) tulu;
- d) laenude tagasimaksmine;
- e) investeeringu täielikust või osalisest likvideerimisest või müügist saadavad summad;
- f) käesoleva lepingu Artikli 4 lõikele 1 vastav kompensatsioon.

(2) Käesolevas Artiklis osutatud maksed sooritatakse vahetuskursi järgi, mis kehtib maksete üle-kandmise päeval selle Lepingupoole territooriumil, kust ülekanne sooritatakse.

(3) Vahetuskurss määratakse vastavalt fondibörsi noteeringutele kummagi Lepingupoole territooriumil või nende puudumisel vastava pangasüsteemi poolt kummagi Lepingupoole territooriumil. Pan-gaoperatsiooni tasud peavad olema õiglasel ja erapooletud.

Artikkel 6**Subrogatsioon**

Kui üks Lepingupool või tema poolt volitatud asutus teeb makseid oma investeerijaile tagamaks teise Lepingupoole territooriumil tehtud investeeringut, tunnustab teine Lepingupool, kahjustamata esimese Lepingupoole investeerija õigusi vastavalt käesoleva Lepingu Artiklile 8 ja esimese Lepingupoole õigusi vastavalt käesoleva Lepingu Artiklile 9, selle investeerija õiguste ja nõuete üleminekut esimesele Lepingupoolele vastavalt seadustele või seadusliku tehingu tulemusena. Samuti tunnustab

48 der Beilagen

7

viimatinimetatud Lepingupool esimese Lepingupoole subrogatsiooni kõigile õigustele või nõudmistele, mida see Lepingupool võib omandada samal määral kui tema õiguslik eelkäija. Käesoleva Lepingu Artiklid 4 ja 5 kehtivad mutatis mutandis sellise üleminekuga seoses Lepingupoolele tehtavate maksete ülekannete suhtes.

Artikkel 7**Muud kohustused**

(1) Kui ühe või teise Lepingupoole seadusesätted või lisaks käesolevale Lepingule Lepingupoolte vahel juba olemasolevad või hiljem kehtestatavad rahvusvahelised kohustused sisaldavad kas üldist või spetsiifilist määrust, mille kohaselt teise Lepingupoole investeerijaile antakse soodsam käsitus kui seda võimaldab käesolev Leping, siis rakendub antud määrus niivõrd, kuivõrd ta on soodsam käesolevast Lepingust.

(2) Kumbki Lepingupool järgib kõiki lepingulisi kohustusi, mida ta on endale võtnud teise Lepingupoole investeerija suhtes seoses investeringutega, mida ta on oma territooriumil lubanud teha.

Artikkel 8**Investeeringualaste vaidluste lahendamine**

(1) Iga investeringust tekkiv vaidlus Lepingupoole ja teise Lepingupoole investeerija vahel lahendatakse vaidluse osapoolte vahel võimalikus ulatuses sõbralikult.

(2) Kui vaidlust ei saa lahendada vastavalt lõikele 1 kuue kuu jooksul pärast nõudmiste kohta piisavalt detailse kirjaliku teate saamist, lahendatakse vaidlus Lepingupoole või teise Lepingupoole investeerija palvel arbitraaži kaudu kolme arbitraažikohtuniku poolt kooskõlas ÜRO Peaassambleel 15. detsembril 1976 vastuvõetud UNCITRAL-i arbitraažireeglitega.

(3) Kui mõlemad Lepingupoole on astunud riikide ja teiste riikide kodanike vahel investeeringualaste vaidluste lahendamise 18. märtsi 1965. aasta Washingtoni konventsiooni liikmeiks, võib vaidluse investeerija palvel alternatiivina käesoleva Artikli lõikes 2 mainitud protseduurile edastada rahvusvahelisele investeeringualaste vaidluste lahendamise keskusele (ICSID). Kumbki Lepingupool nõustub käesolevaga iga sellise vaidluse edastama ICSID-ile lahendamiseks nimetatud Washingtoni konventsiooni raames. Kui sellise vaidluse pooled on eriarvamusel, kas lahendamiseks on sobivam meetod lepitamise või arbitraaž, on valikuõigus investeerijal. Käesoleva Lepingu kohaselt on kumbki Lepingupool arbitraaži puhul pöördumatult juba ette nõus igasuguse sellise vaidluse edastamisega nimetatud keskusele, ja otsuse siduvusega, isegi kui puudub eraldi arbitraažileping Lepingupoole ja investeerija vahel. Selline nõusolek sisaldab loobumise sisemiste administratiivsete või juriidiliste abinõude ammendamise nõudest.

(4) Otsus on lõplik ja siduv; see viiakse täide vastavalt riiklikele seadustele; kumbki Lepingupool kindlustab arbitraažotsuse tunnustamise ja jõustamise kooskõlas oma vastavate seaduste ja määrustega.

(5) Vaidluses osalev Lepingupool ei esita üheski lepitamise või arbitraažimenetluse või otsuse elluviimise faasis vastuväidet selle kohta, et teiseks vaidluse osapoolteks olev investeerija on garantii tulemusel juba saanud hüvitust kogu või osa kantud kahju eest.

Artikkel 9**Vaidlused Lepingupoolte vahel**

(1) Vaidlused Lepingupoolte vahel käesoleva Lepingu tõlgendamise või tema rakendamise kohta lahendatakse võimalikus ulatuses sõbralike läbirääkimiste teel.

(2) Kui vaidlust ei saa vastavalt lõikele (1) lahendada kuue kuu jooksul, siis edastatakse see ükskõik kumma Lepingupoole palvel arbitraažikohtusse.

(3) Selline arbitraažikohus moodustatakse ad hoc järgmiselt: kumbki Lepingupool määrab ühe liikme ja need kaks liiget valivad kolmanda riigi kodaniku endale esimeheks. Need liikmed määratakse kahe kuu jooksul alates kuupäevast, millal üks Lepingupool teatas teisele Lepingupoolele oma kavatsusest anda vaidlus arbitraažikohtusse, mille esimees tuleb määrata kahe järgneva kuu jooksul.

(4) Kui lõikes 3 nimetatud ajavahemikest ei peeta kinni, siis võib kumbki Lepingupool mõne teise asjakohase lahenduse puudumisel paluda teha vajalikud määramised Rahvusvahelise Kohtu presidendil. Kui Rahvusvahelise Kohtu president on ühe või teise Lepingupoole kodanik või ta mingil muul põhjusel ei saa nimetatud funktsioone täita, siis palutakse samadel tingimustel teha vajalikud määrami-

sed Rahvusvahelise Kohtu asepresidendil või tema takistatuse puhul Kohtu ametiastmelt järgmisel liikmel.

(5) Kohus kehtestab ise oma protseduurireeglid.

(6) Arbitraažikohus teeb otsuseid käesolevast Lepingust lähtudes ja vastavalt üldtunnustatud rahvusvahelise õiguse normidele. Otsuse võtab ta vastu häälteenamusega; otsus on lõplik ja siduv.

(7) Kumbki Lepingupool kannab oma liikme ning oma juriidilise esindatuse kulud arbitraažimenetluses. Esimehega seotud ja ülejäänud kulud kantakse mõlema Lepingupoole poolt võrdsetes osades. Samuti võib kohus oma otsusega määrata kulude teistsuguse jaotamise.

Artikkel 10

Lepingu rakendamine

Käesolev Leping kehtib investeringute suhtes, mis on tehtud ühe Lepingupoole territooriumil vastavalt tema seadustele teise Lepingupoole investeerijate poolt nii enne kui ka pärast käesoleva Lepingu jõustumist, aga ei kehti ühegi investeringualase vaidluse suhtes, mis tekkis, või ühegi nõudmise suhtes, mis lahendati enne Lepingu jõustumist.

Artikkel 11

Jõustumine ja kestvus

(1) Käesolev Leping kuulub ratifitseerimisele ja jõustub ratifitseerimiskirjade vahetamisele järgneva kuu esimesel päeval.

(2) Käesolev Leping jääb jõusse kahekümneaastaseks perioodiks; seejärel pikeneb ta määramatu ajani ja tema kehtivust saavad mõlemad Lepingupoole lõpetada diplomaatilisel teel kirjalikult kahe teistkümnepäevase eelteatamisega.

(3) Investeringute suhtes, mis on tehtud enne käesoleva Lepingu kehtivuse lõppemise kuupäeva, kehtivad käesoleva Lepingu Artiklite 1—10 sätted edasi kahekümneaastase perioodi vältel alates käesoleva Lepingu kehtivuse lõppemise kuupäevast.

KOOSTATUD 16. mai, 1994 a. Tallinnas, kahes originaalis saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid omavad võrdset jõudu.

Austria Vabariigi nimel:

Dr. Manfred Ortner

Eesti Vabariigi nimel:

Jüri Luik

VORBLATT

Problem:

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne daß der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

Problemlösung:

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit u.a. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Inländergleichbehandlung und der Meistbegünstigung — ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen uä. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Alternativen:

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

Kosten:

Keine. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

EU-Konformität:

Die Vereinbarkeit mit bestehenden EG-Regelungen ist gegeben.

Erläuterungen

I.

Allgemeiner Teil

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG zweiter Satz auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EG-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, daß Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß der Investitionsfluß auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muß daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander in hohem Maße ähnlich bis identisch. Größere Abweichungen ergeben sich in der Regel bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

In Entsprechung des österreichischen Mustervertrages sichern sich die Vertragsparteien die Inländergleichbehandlung und die Meistbegünstigung zu.

Es kann erwartet werden, daß die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in Estland Gebrauch macht. Auch auf estnischer Seite besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der Republik Estland zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus deren Liquidation oder Veräußerung und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung vor; nach dem Beitritt beider Vertragsparteien zur Washingtoner Konvention vom 18. März 1965 kann der Investor alternativ auch das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten befassen. Für Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Interpretation und Anwendung dieses Abkommens ist ein Schiedsverfahren vorgesehen.

II.**Besonderer Teil****Präambel:**

Diese enthält im wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

Artikel 1

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Der Begriff „Investor“ wird in bezug auf die Vertragsparteien in zweierlei Weise definiert: im Falle natürlicher Personen durch die Staatsangehörigkeit, im Falle juristischer Personen usw. entsprechend der in Österreich vorherrschenden Sitztheorie.

Die Definition der „Erträge“ im Absatz 3 entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

Der Begriff „Enteignung“ bezeichnet eine Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung.

Artikel 2

umfaßt sowohl die Förderung als auch den Schutz von Investitionen.

Absatz 1 enthält eine Vertragsbestimmung allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen, vielmehr ist den Vertragsparteien bei der Gestaltung dieser Maßnahmen, unter der Bedingung der Gerechtigkeit und Billigkeit, freie Hand gelassen. Die Zulässigkeit von Investitionen wird dabei an die Gesetzgebung der jeweiligen Vertragspartei gebunden.

Absatz 2 beinhaltet die Schutzgarantie des Abkommens für Investitionen und ihre Erträge.

Artikel 3

enthält das Prinzip der Inländergleichbehandlung und der Meistbegünstigung.

Absatz 2 fixiert die Ausnahmen vom Prinzip der Meistbegünstigung (Zollunion, gemeinsamer Markt, Freihandelszone, Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft und Grenzverkehr; Nichtanwendung auf Steuerfragen).

Artikel 4

behandelt Fragen der Entschädigung und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

Die Enteignung wird darin durch Bindung an drei Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur:

1. im öffentlichen Interesse,
2. unter Einhaltung eines rechtmäßigen Verfahrens und
3. gegen Bezahlung einer Entschädigung

erfolgen.

Die Entschädigungspflicht ist so formuliert, daß sie eine weitestgehende Wertsicherung und Wertbarkeit für die betroffenen Vermögenswerte garantiert.

Absatz 1 schreibt fest, daß die Entschädigung dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen muß, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde.

Absatz 2 bestimmt, daß Absatz 1 auch im Falle der Enteignung einer Gesellschaft Anwendung findet, an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt.

Absatz 3 räumt dem Investor das Recht ein, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

Absatz 4 räumt dem Investor das Recht ein, die Höhe der Entschädigung durch das zuständige Organ der enteignenden Vertragspartei oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

bildet eine notwendige und klarstellende Ergänzung zu den vorangegangenen Artikeln, insbesondere zu den Artikeln 3 und 4, insofern er das Verfügungs- bzw. Repatriierungsrecht des Investors über alle vorher genannten Vermögenswerte durch Regelung der Überweisbarkeit von Zahlungen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei garantiert.

Absatz 1 garantiert den freien Transfer ohne ungebührliche Verzögerung in frei konvertierbarer Währung für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, und zwar insbesondere für Investitionserträge, Rückzahlungen von Darlehen, Erlöse aus Liquidation oder Veräußerung, und Entschädigung.

Absatz 2 definiert die bei Überweisungen anzuwendenden Wechselkurse.

Absatz 3 regelt die Festlegung des Wechselkurses und stellt die Angemessenheit der Bankgebühren sicher.

Artikel 6

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, daß der Garantiegeber in die Rechte des Garantienehmers eintreten kann, um von diesem auf ihn übergegangene Ansprüche aus dem vorliegenden Vertrag geltend zu machen.

Artikel 7

Ergibt sich laut Absatz 1 aus einer Rechtsvorschrift einer Vertragspartei oder aus einer völkerrechtlichen Verpflichtung zwischen den Vertragsparteien eine günstigere Behandlung als sie das Abkommen vorsieht, so geht diese Regelung dem Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

Absatz 2 erlegt den Vertragsparteien die Beachtung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen in bezug auf genehmigte Investitionen auf.

Artikel 8

regelt die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei durch die Möglichkeit, bei Scheitern auf dem Verhandlungswege nach sechs Monaten die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren mit drei Schiedsrichtern nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung zu unterbreiten; nach dem Beitritt beider Vertragsparteien zur Washingtoner Konvention vom 18. März 1965 kann der Investor alternativ auch das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten befragen.

Artikel 9

behandelt Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des vorliegenden Vertrages zwischen den Vertragsparteien.

Artikel 10

Das Abkommen ist anwendbar auf alle Investitionen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens getätigt wurden oder die nach seinem Inkrafttreten getätigt werden, ausgenommen Investitionsstreitigkeiten, die vor seinem Inkrafttreten auftraten sowie Ansprüche, die vor diesem Zeitpunkt beigelegt wurden.

Artikel 11

stipuliert die Ratifikationsbedürftigkeit. Die Abkommensdauer wird mit zwanzig Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens festgelegt und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit. Nach diesem Zeitpunkt ist eine Kündigung unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist möglich.